

Parlamentarischer Vorstoss

2024/526

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Verbesserung der Verkehrssicherheit an der A18 bei Aesch zum Zweiten
Urheber/in:	Jan Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Agostini, Bammatter, Blatter, Boerlin, Brunner Roman, Ismail, Jaun, Kar- rer, Kaufmann Urs, Koller, Locher, Meschberger, Mikeler, Noack, Roth Urs, Scherrer, Schürch, Stöcklin, Strüby-Schaub, Winter, Wyss
Eingereicht am:	29. August 2024
Dringlichkeit:	—

Die A18 bei Aesch wird ab dem Vollanschluss Richtung Delémont einspurig im Gegenverkehr geführt. Bis zum Knoten Angenstein gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h. Eine Trennung der Fahrstreifen mittels baulicher Massnahmen existiert nicht.

Am [27. Dezember 2023](#) ereignete sich auf der A18 bei Aesch ein schwerer Verkehrsunfall. Bei einer Frontalkollision zwischen einem Personenwagen und einem Lieferwagen wurde eine Person getötet und eine weitere schwer verletzt.

Nach dem Verkehrsunfall wurde am 11. Januar 2024 ein überparteiliches Postulat eingereicht (siehe [Postulat 2024/17 Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der A18 bei Aesch](#)). Der Regierungsrat empfahl dem Landrat in seiner [Stellungnahme](#), das Postulat entgegenzunehmen und abzuschreiben. Er führte darin aus, dass er aufgrund von Auswertungen das Sicherheitsniveau auf diesem Strassenabschnitt als unauffällig und gut beurteile, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass bei Strassenabschnitten mit Mittelleitplanken das Gefahrenpotenzial für schwere Unfälle grundsätzlich geringer sei, da insbesondere Frontal- und Streifkollisionen nicht mehr möglich seien. Weiter gab der Regierungsrat bekannt, dass das ASTRA (Bundesamt für Strassen) zugesichert habe, als Sofortmassnahme die Rüttelstreifen im Bereich des Unfalls vom Dezember 2023 so rasch wie möglich zu ergänzen.

Trotz dieser Massnahmen des ASTRA und des Kantons ereignete sich am [15. Juli 2024](#) auf der A18 bei Aesch erneut ein tragischer Unfall mit Todesfolge, wobei es sich wiederum um eine Frontalkollision handelte. Eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit und voraussichtlich eine sichtbare Fahrbahntrennung sind deshalb dringend angezeigt.

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem ASTRA Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erarbeiten, zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.
